ASIEN 31.03.2026 | Mirco Günther

Raus aus der Defensive

Auch in Asien stecken progressive Parteien in der Krise. Was ihnen fehlt – und wie Erneuerung gelingen kann.

Asien ist kein Heimspiel für progressive und sozialdemokratische Parteien. Der politische Mainstream der Region ist konservativ-liberal. Wahlerfolge von Mitte-links-Parteien sind selten, Niederlagen werden immer häufiger. In Japan ist die größte Oppositionspartei nach dem Erdrutschsieg von Premierministerin Takaichi faktisch implodiert. In Indien setzt es für die Kongresspartei und ihre Wahlallianz seit dem Achtungserfolg bei den letzten Bundeswahlen herbe Niederlagen in einer Regionalwahl nach der nächsten. Und in Thailand können die jungen Hoffnungsträger der *People's Party* nicht an vergangene Erfolge anknüpfen. Asien ist zudem keine Ausnahme zum weltweiten Trend: In vielen Ländern gewinnen autoritäre und populistische Kräfte weiter an Einfluss, und die Polarisierung nimmt zu. Die Gründe für die Schwäche der Progressiven sind teils strukturell – aber sie sind auch hausgemacht.

Bevor man in eine allzu schonungslose Manöverkritik einsteigt, müssen mildernde Umstände geltend gemacht werden. Vielerorts in Asien sind der politische Wettbewerb, die Medienfreiheit und das Versammlungsrecht eingeschränkt. Politische Kontrahenten werden unter Druck gesetzt, und auch Partei- und Politikverbote kommen zur Anwendung. Die Räume für zivilgesellschaftliche Arbeit schwinden. Ein freies Spielfeld mit fairen Regeln ist oft nicht gegeben, wenngleich in ganz unterschiedlichen Ausprägungen und Schattierungen: Asien hat sowohl etablierte Demokratien als auch hybride bis hin zu geschlossenen politischen Systemen. Wer diese Rahmenbedingungen außer Acht lässt, vergleicht also schnell Äpfel mit Birnen.

Oft sind Parteien um Familiendynastien, einzelne starke Führungspersönlichkeiten, Wirtschaftskonglomerate oder klientelistische

Geschichte spielt ebenso eine Rolle. Vor allem Länder in Südostasien verbinden mit ihrer Gründung und historischen Entwicklung den Kampf gegen sogenannte sozialistische Kräfte, Parteien wie Gewerkschaften. Politische Programmparteien nach europäischem Verständnis gibt es in Asien kaum. Oft sind Parteien um Familiendynastien und -clans,

Netzwerke herum aufgebaut.

einzelne starke Führungspersönlichkeiten, Wirtschaftskonglomerate oder klientelistische Netzwerke herum aufgebaut. Sie können auch nur Zweckbündnisse auf Zeit sein. Die politischen Achsen verlaufen in Asien selten entlang des tradierten Links-rechts-Spektrums.

Und dennoch gibt es, bei aller Unterschiedlichkeit, übergeordnete Trends. Die Krise der progressiven Parteienfamilie in Asien geht auch auf eigene Fehler zurück. Fünf Befunde und mögliche Rezepte, um wieder stärker in die Vorhand zu kommen:

Erstens, es braucht breite gesellschaftliche Allianzen: Mit moralischem Aktivismus und der urbanen Bildungselite allein gewinnt man keine Wahlen. Es bedarf einer Reformagenda, die Antworten auf die multiplen Strukturkrisen unserer Zeit gibt. Und es braucht Bündnisse über progressive Milieus hinaus, die auch im ländlichen Raum tragen. Die thailändische *People's Party* und ihre Vorgängerparteien haben das verstanden. In Verbindung mit einem charismatischen Spitzenkandidaten und einer beispielhaft innovativen Wahl- und Social-Media-Kampagne gewann sie 2023 die Parlamentswahl, auch wenn sie letztlich nicht den Premierminister stellen konnte. 2026 gelang das nicht erneut – unter anderem auch, weil die Gegenseite Wähler in den Provinzen mittels klassischer Patronage-Politik wieder an sich binden konnte, weil angesichts des Militärkonflikts mit Kambodscha eine nationalistische, den konservativen Kräften zugutekommende Stimmung herrschte und weil das Wahlsystem in Thailand der Zweitstimme, bei der das progressive Lager gewann, nur wenig Gewicht gibt. Dennoch: In der von konservativen Eliten und vom Militär geprägten thailändischen Monarchie halten die Erfolge der *People's Party*, ebenso wie ihre Rückschläge, wichtige Lektionen bereit.

Zweitens, it's the (geo-)economy, stupid: Gerechtigkeits- und Umverteilungsfragen sind die konstitutive DNA vieler progressiver Parteien – auch in Asien, aus guten Gründen. Trotz enormer wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstandsgewinnen für wachsende Mittelschichten öffnet sich vielerorts die Schere zwischen Arm und Reich. Riesige informelle Sektoren mit prekären Beschäftigungsverhältnissen bleiben bittere Realität. Progressive Politik mit strategischem Weitblick in einer Zeit tektonischer internationaler Umbrüche kann sich aber nicht allein auf das Anprangern dieser Missstände oder ihre Linderung durch Sozialprogramme beschränken. Vielmehr muss sie die geoökonomischen Gelingensbedingungen für das eigene Entwicklungs- und Wachstumsmodell in den Blick nehmen. Lange verpönt bei Konservativen und Liberalen, von Sozialdemokraten

jedoch nie vergessen, erlebt so die Industriepolitik ein weltweites Comeback. Wie man eine solche – eingeklemmt zwischen amerikanischen Zöllen und chinesischen Überkapazitäten – erfolgreich macht und wie man Diversifizierungschancen in Schlüsselindustrien wie globalen KI-Lieferketten klug nutzt, zeigt das Beispiel Malaysia und die dort mitregierende *Democratic Action Party*.

Drittens, die Generation Z fordert Perspektiven: In Sri Lanka waren es 2022 Wirtschaftskrise und Nepotismus, in Bangladesch 2024 ein neues Veteranengesetz, in Indonesien 2025 Diätenerhöhungen für Abgeordnete und in Nepal im selben Jahr die Einschränkung des Internets: Die Anlässe der Gen-Z-Proteste in Asien (ebenso wie in Ländern Afrikas) waren unterschiedlich, die zugrunde liegenden Ursachen aber ähnlich. Für viele, oft gut ausgebildete junge Menschen gibt es keine adäquaten Jobperspektiven. Ihre Frustration mit dem politischen System und ihr Misstrauen gegenüber Parteien ist groß, die Erwartungen zu konkreten Verbesserungen in der Daseinsvorsorge ebenso. In Bangladesch und Nepal starten nach Regierungssturz, Interimsadministrationen und Wahlen nun neue Regierungen. Während in Dhaka weiter eine der zwei historischen Familiendynastien an der Landesspitze steht, beginnt in Kathmandu ein Experiment: Ein Ex-Rapper und Bürgermeister führt das wohl jüngste Kabinett Asiens, wenn nicht weltweit, in dem fast alle Minister und Ministerinnen in ihren 30ern und 40ern sind. Eine Garantie für Veränderungen ist das freilich nicht. Die Bilanz wird später gezogen werden. Ein Denkzettel für die etablierten nepalesischen Parteien ist es allemal.

Viertens, Erneuerung tut dringend not: Eben weil nachfolgende Generationen berechtigte Sorgen und Erwartungen haben, müssen die Parteien strukturell wie politisch neue Antworten finden, um relevant zu bleiben. Die in globalen Plattformen wie der *Progressive Alliance* (PA) oder der Sozialistischen Internationalen (SI) organisierten Parteien gehören oft selbst zu den ältesten ihres Landes. Jüngere und ältere Generationen ringen innerhalb dieser etablierten Parteien wie der Mongolischen Volkspartei oder der Nepalesischen Kongresspartei um den richtigen Kurs zwischen den Erben der Vergangenheit und der Modernisierung. Klar ist: Auch progressive Parteien müssen jünger und weiblicher werden. Das gilt ebenso für viele Gewerkschaften in der Region.

Im größeren Bild bleibt es eine historische Schwäche der globalen Linken, dass sie oft mehr mit sich selbst

Fünftens, die globale Rechte ist organisiert, die Linke zersplittert: Progressive Parteien und Organisationen sind – nicht nur in Asien – in unterschiedlichen, teils konkurrierenden Netzwerken organisiert. Einige sind Mitglied in

als mit dem politischen Gegner beschäftigt ist.

der traditionellen SI, andere in der PA (so auch die SPD) und wieder andere in der noch jüngeren *Progressive International* (PI). Zwischen SI und PA überschneiden sich auch Mitgliedschaften. Für die Trennungen gibt es unterschiedliche Gründe. Die einen wollen „progressiv", aber nicht „sozialistisch" sein, einige sind stark aktivistisch unterwegs, andere pragmatischer, und wechselseitige Vorbehalte zwischen einzelnen Mitgliedsparteien gibt es außerdem. Ein großer Konfliktpunkt ist die Positionierung mit Blick auf Israel und Palästina. Und dennoch: Im größeren Bild bleibt es eine historische Schwäche der globalen Linken, dass sie oft mehr mit sich selbst als mit dem politischen Gegner beschäftigt ist. Transnationale rechtskonservative Netzwerke wie die *Conservative Political Action Conference* (CPAC), die zunehmend auch in Asien aktiv sind, haben solche Probleme nicht.

Was also macht Mut? Auf der einen Seite sicher die Resilienz der südkoreanischen Demokratie nach dem gescheiterten Staatsstreichversuch des vormaligen Präsidenten und der Regierungswechsel zur sozialliberalen Demokratischen Partei unter Lee Jae-myung. Allerdings ist kaum eine Gesellschaft in Asien gespaltener als die südkoreanische, in zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager. Sorge macht auch hier die erstarkende politische Rechte.

Über den asiatischen Tellerrand in den Pazifik geschaut: Hier macht vor allem der historische Sieg der *Labor*-Partei und die Wiederwahl von Anthony Albanese in Australien 2025 Mut. Diese Wahl wurde in der Mitte gewonnen, mit einem pragmatischen Fokus auf den konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Alltagssorgen der Menschen. Zuvor hatte sich der Premierminister mit dem verlorenen Referendum über die Rechte Indigener (*The Voice*) noch schmerzlich verhoben. Entscheidend für den sensationellen Sieg auf den letzten Metern war freilich auch die von Donald Trump ausgelöste globale Disruption und der orientierungslose Wahlkampf der Opposition. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch in Australien die Anziehungskraft der Volksparteien abnimmt. Jüngster Warnschuss: die Regionalwahlen in Südaustralien, bei denen *Labor* zwar deutlich gewann, die Rechtspopulisten von *One Nation* aber zum ersten Mal zweitstärkste Kraft wurden.

Nichts währt für immer. Für die Sozialdemokratie kann das, entgegen der immer gleichen Abgesänge, aber auch bedeuten: Ein Comeback ist möglich. Entscheidend ist, ob es ihnen gelingt, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und geopolitische Handlungsfähigkeit zusammenzudenken. Jenseits der unterschiedlichen Rahmenbedingungen liegt also auch in Asien die Herausforderung darin, sich strategisch zu erneuern.



Mirco Günther
Berlin

Mirco Günther ist Leiter des Asien-Pazifik-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er FES-Landesvertreter in Afghanistan und Leiter des FES-Regionalbüros für Asien in Singapur. 2014 baute er die OSZE-Mission in der Ostukraine mit auf und war für die Organisation auch in Kasachstan und Tadschikistan tätig.